

## ANTRAG

der Abgeordneten Cerwenka, Sacher, Mag.Leichtfried, Jahrmann, Krammer,  
Vladyka

### **betreffend Schaffung eines Niederösterreichischen Bildungs- und Fachhochschulfonds**

Österreich hat durch jahrelange gute Bildungspolitik einen hohen Bildungsstandard erreicht. Nur durch ein hohes Niveau der Ausbildung und ein breit gefächertes Spektrum der Bildungsangebote und –institutionen sowie den Grundsatz, dass Bildung kein Privileg sein darf, wird Österreich den erreichten Wohlstand auch langfristig erhalten können.

In diesem Zusammenhang sind die nunmehr auf Bundesebene eingeführten Studiengebühren als finanzieller Numerus Clausus an den Universitäten ebenso abzulehnen wie an den Fachhochschulen.

Niederösterreichischen Studentinnen und Studenten muss auch weiterhin die Chance gegeben werden, unabhängig von den eigenen finanziellen Möglichkeiten, ihren Interessen und Fähigkeiten entsprechend Bildung zu erlangen.

Ein weiterer Nachteil für den Bildungsstandort Niederösterreich besteht in der nunmehr durch den Bund vorgegebenen Deckelung der Bundesmittel für die Fachhochschulen. Außerdem ist bekannt, dass der Fachhochschulrat neue Studiengänge bzw. die Fortsetzung von Studiengängen nur dann bewilligt, falls der Träger der jeweiligen Fachhochschule die Einhebung von Studiengebühren im betreffenden Budget vorsieht, obwohl das Hochschultaxengesetz die Einhebung von Studiengebühren den Trägern von Fachhochschulen freistellt.

Da vom Bund für die Sicherung des Bildungsstandards nicht ausreichende Mittel bereitgestellt werden und durch die Einhebung von Studiengebühren die Erreichung eines Studienabschlusses deutlich erschwert wird, liegt es nunmehr beim Land, dieser negativen Entwicklung zum Wohle Niederösterreichs entgegenzuwirken.

Es wäre daher zur finanziellen Absicherung der Studentinnen und Studenten, zur finanziellen Absicherung des weiteren Studienbetriebes an den Fachhochschulen, zur Sicherung der Einrichtungen für die Erwachsenenaus- und -weiterbildung sowie zur Qualitätssicherung in den Berufsschulen und den höherbildenden und weiterbildenden Schulen ein Niederösterreichischer Bildungs- und Fachhochschulfonds zu schaffen, der aus den Einnahmen des Landes aus Unternehmen – wie aus der EVN bzw. der Flughafen Wien AG -, aus Erlösen resultierend aus Verkäufen von Forderungen des Landes und aus Aktiengewinnen sowie aus freiwerdenden und zweckgebundenen Mitteln aus der Familienförderung dotiert werden könnte.

Leistungen aus diesem Fonds sollten erhalten:

- Niederösterreichische Studentinnen und Studenten, die eine Studiengebühr zahlen müssen,
- niederösterreichische Fachhochschulen in Form von Zuschüssen zur Finanzierung ihres Betriebes bzw. besonderer Leistungen und Arbeiten,
- höherbildende und weiterbildende Schulen in Niederösterreich für besondere Projekte und Forschungsarbeiten,
- niederösterreichische Berufsschulen für besondere Projekte und Lehrinhalte, insbesondere für Projekte in Zusammenhang mit der Wirtschaft bzw. anderen Bildungseinrichtungen sowie
- Einrichtungen der Erwachsenenaus- und –weiterbildung im Rahmen ihrer Lehrinhalte und für besondere Leistungen und Projekte.

Ins Budget 2002 sollte dieser Fonds mit einer entsprechenden Erstdotierung aufgenommen werden.

Die Gefertigten stellen daher den

## **A n t r a g :**

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung einen Niederösterreichischen Bildungs- und Fachhochschulfonds zu installieren, aus dem Leistungen erhalten sollen:

- Niederösterreichische Studentinnen und Studenten, die eine Studiengebühr zahlen müssen,
- niederösterreichische Fachhochschulen in Form von Zuschüssen zur Finanzierung ihres Betriebes bzw. besonderer Leistungen und Arbeiten,
- höherbildende und weiterbildende Schulen in Niederösterreich für besondere Projekte und Forschungsarbeiten,
- niederösterreichische Berufsschulen für besondere Projekte und Lehrinhalte, insbesondere für Projekte in Zusammenhang mit der Wirtschaft bzw. anderen Bildungseinrichtungen sowie
- Einrichtungen der Erwachsenenaus- und –weiterbildung im Rahmen ihrer Lehrinhalte und für besondere Leistungen und Projekte.

2. Die Niederösterreichische Landesregierung wird aufgefordert, im Rahmen des zu schaffenden Niederösterreichischen Bildungs- und Fachhochschulfonds ein Bildungsmanagement vorzusehen, das aus Vertretern der Fachhochschulen, der Universitäten, der Berufsschulen sowie berufsbildenden mittleren und höheren Schulen zusammengesetzt ist.

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Schulausschuss zur Vorberatung zuzuweisen.